



## ZAR: Neuer ziviler Beratungseinsatz der EU gestartet

Eineinhalb Jahre nach Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen der zentralafrikanischen Regierung und 14 bewaffneten Gruppen (6. Februar 2019) macht seine Umsetzung langsame Fortschritte, die allgemeine Sicherheitssituation hat sich verbessert. Kämpfe um Territorium und Ressourcen durch bewaffnete Gruppen, einschließlich von Parteien des Februar-Abkommens, bedrohen jedoch weiterhin die Zivilbevölkerung in den Provinzen und machen deutlich, dass die staatliche Kontrolle außerhalb der Hauptstadt nach wie vor äußerst begrenzt ist. Die Europäische Union (EU) beschloss im Dezember 2019, ihre militärische Trainingsmission um einen zivilen Beratungseinsatz zu ergänzen, der mit dem Fokus auf interne Sicherheitskräfte die Reform des Sicherheitssektors unterstützen soll. Nach einer COVID-19 bedingten Verzögerung ist die Mission nun seit 9. August 2020 einsatzbereit.

### Umsetzung des Friedensabkommens

Das [Political Agreement for Peace and Reconciliation in CAR](#) ist der achte Versuch, den seit Ende 2012 bestehenden gewaltsamen Konflikt zu befrieden. Beginnend mit dem chronisch vernachlässigten, überwiegend von Muslimen besiedelten Nordosten besetzte damals die muslimisch dominierte Rebellenallianz Séléka („Koalition“) den größten Teil des Staatsgebietes und stürzte die Regierung von Präsident François Bozizé (März 2013). Der Putsch riss das Land in eine Spirale der Gewalt zwischen den Séléka und den sich im Gegenzug formierenden, mehrheitlich christlich und animistisch geprägten Selbstverteidigungsgruppen unter dem Namen Anti-Balaka („Gegen die Macheten“). Beide Gruppen waren seitdem in kleinere Fraktionen zerfallen, die gegen die Regierung und untereinander um Einflussbereiche und Kontrolle über die reichen Ressourcen kämpften.

**Inklusive Regierung** | Zu den zentralen Bestimmungen des jüngsten Abkommens gehört die Bildung einer inklusiven Regierung, die Präsident Faustin-Archange Touadéra im März 2019 unter Schwierigkeiten formte. Der Staat hat seitdem begonnen, seine Verwaltung über die Hauptstadt Bangui hinaus auszuweiten und verstärkt Sicherheitskräfte in den Provinzen einzusetzen. Medienberichten zufolge kündigten sieben der 14 bewaffneten Unterzeichner-Gruppen des Friedensabkommens am 25. April 2020 an, die Teilnahme an der Regierung und den Mechanismen zur Umsetzung des Abkommens auszusetzen. Die für den 27. Dezember 2020 geplanten Präsidentschaftswahlen verstärken aktuell die politischen Spannungen.

**Joint Special Security Units** | Ein weiteres Kernelement des Abkommens ist die Etablierung von *Joint Special Security Units* als vorübergehende Sicherheitsmaßnahme 60 Tage nach Unterzeichnung des Abkommens. Dem - mit mehrmonatiger Verzögerung erfolgten - offiziellen Launch der ersten *Unit* am 16. Oktober 2019 in Bouar im Nordwesten der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) - folgen aufgrund logistischer und diverser anderer Schwierigkeiten nur schleppend weitere Einsätze ([S/2020/662](#)). Die *Units* aus staatlichen Sicherheitskräften und mehrheitlich Mitgliedern der ehemaligen Rebellengruppen sollen für 24 Monate unter anderem zum Schutz der Zivilbevölkerung und der öffentlichen Ordnung beitragen.

**DDRR** | Auch der wichtige DDRR-Prozess (*Disarmament, Demobilization, Reintegration and Repatriation*) hinkt hinter dem Zeitplan her, das Ziel Januar 2020 für die Entwaffnung sämtlicher 14 Unterzeichner-Gruppen wurde nicht eingehalten. Seitdem gab es keinen nennenswerten Fortschritt.

**Gerechtigkeit und Versöhnung** | Das Gleiche gilt für die Etablierung der schon seit 2015 vorgesehenen *Commission on Truth, Justice, Reparations and Reconciliation* innerhalb von 90 Tagen nach Unterzeichnung des Abkommens - sie soll u.a. Empfehlungen zur nationalen Versöhnung formulieren. Mit der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes wurde Anfang April allerdings ein erster Schritt getan.

### Sicherheitssituation, Menschenrechts- und humanitäre Lage

Seit der Unterzeichnung des Abkommens hat sich die Sicherheitslage für die Zivilbevölkerung verbessert, ist aber nach wie vor prekär. Der Generalsekretär (GS) der Vereinten Nationen (UN) spricht in seinem aktuellen Bericht vom 16. Juni 2020 ([S/2020/545](#)) von einem Wiederaufflammen der Gewalt und anhaltenden gewaltsamen Auseinandersetzungen. An diesen sind auch Parteien des

Friedensabkommens sowie Mitglieder der zentralafrikanischen Streitkräfte (*Forces Armées Centrafricaines* / FACA) beteiligt. Nach UN-Angaben sind rund 1,3 Millionen Zentralafrikaner<sup>1</sup> auf der Flucht ([UNHCR](#): 31. Juli 2020). Fast die Hälfte der Bevölkerung (2,4 von knapp 5 Millionen) ist auf humanitäre Hilfe angewiesen ([OCHA](#): 30. Juni 2020), die Situation hat sich laut GS-Bericht in den vergangenen Monaten verschlechtert. Unterdessen ist die ZAR weiterhin einer der gefährlichsten Orte für humanitäre Helfer: Der GS-Bericht nennt 121 Attacken seit Februar 2020, zwei davon endeten tödlich.

## Reform des Sicherheitssektors: internationale Bemühungen

Die internationale Gemeinschaft bemüht sich seit Jahren, den Sicherheitssektor der ZAR wieder aufzubauen und zu reformieren. Neben der am 10. April 2014 nach Kap. VII etablierten UN-Mission MINUSCA (*UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic*) ([S/RES/2149](#)), die im Rahmen ihres Mandats zur Reform des Sicherheitssektors eine Führungsrolle beim Aufbau der internen Sicherheitskräfte (Polizei und Gendarmerie) einnehmen soll<sup>2</sup>, ist die EU seit Anfang 2015 mit verschiedenen Missionen engagiert.

Am 19. November 2015 setzte sie die militärische Beratungsmission EUMAM RCA (*EU Military Advisory Mission in the Central African Republic*) ein ([2015/78/CFSP](#)), um die Vorbereitungen für die Reform des Sicherheitssektors zu unterstützen (s. [ZIF kompakt](#) vom 16. März 2015). Nach 18 Monaten endete die Mission am 17. Juli 2016 und wurde von der militärischen Ausbildungsmission EUTM RCA (*EU Training Mission in the Central African Republic*) abgelöst, die darauf abzielt, die beim Angriff der Séléka 2013 kollabierten FACA zu modernisieren und sie effektiver und demokratisch rechenschaftspflichtig zu machen ([2016/610/CFSP](#)). Am 30. Juli 2020 verlängerte der Rat das Mandat bis 19. September 2022. Seit Juli 2016 hat die Mission mehr als 4.000 Soldaten trainiert ([EU](#): 19. September 2019). Im Zusammenhang mit COVID-19 sind Trainings seit April 2020 ausgesetzt ([S/2020/662](#), [S.15](#)). Aktuell sind 1.924 von 8.244 FACA-Angehörigen an 23 Posten außerhalb Banguis eingesetzt ([S/2020/545](#)).

## Die neue zivile EU-Mission EUAM RCA

Am 9. Dezember 2019 etablierte der Rat mit Entscheidung [2019/2110/CFSP](#) die *EU Advisory Mission in the Central African Republic* (EUAM RCA). COVID-19 verzögerte den Start der Mission, seit Juli waren der Missionsleiter und ein Vorausteam vor Ort. Kontakte zu den Generaldirektionen der Polizei und der Gendarmerie, aber auch zu internationalen Partnern und der EU-Delegation wurden aufgenommen. Seit 9. August 2020 ist die Mission einsatzbereit. Ihre Aufgabe für zunächst zwei Jahre ist insbesondere die Unterstützung bei der nachhaltigen Umgestaltung der internen Sicherheitskräfte sowie bei ihrem wirksamen operativen Betrieb und Einsatz. EUAM RCA wird aus einem Team von 66 internationalen Mitarbeitern, darunter 23 Beratern, bestehen. *Head of Mission* ist der Portugiese Paulo Soares, das Hauptquartier befindet sich in Bangui.

## Herausforderungen

Die Reform des Sicherheitssektors ist ein elementarer Baustein des internationalen Stabilisierungsansatzes in der ZAR. Die Entwicklung einer professionellen, effektiven nationalen Polizei und Gendarmerie, die eine zunehmend größere Rolle bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung übernehmen können, ist entscheidend für die Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit in der Hauptstadt und in den Provinzen, die in weiten Teilen nach wie vor von bewaffneten Gruppen kontrolliert werden. Die ZAR ist nach Mali und Somalia das dritte Land, in dem parallel sowohl militärische als auch zivile GSVP-Missionen eingesetzt sind. Wichtig ist eine effektive Koordination der unterschiedlichen Instrumente zur Reform des Sicherheitssektors (SSR), vor allem mit dem UN-Einsatz MINUSCA, der seit sechs Jahren den SSR-Prozess federführend unterstützt.

---

<sup>1</sup> Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) verwendet die grammatikalisch weibliche und männliche Form gleichberechtigt. Die Personenbezeichnungen schließen dabei auch Personen ein, die eine Geschlechtsidentität haben, die nicht männlich oder weiblich ist.

<sup>2</sup> Die prioritären Aufgaben von MINUSCA sind der Schutz der Zivilbevölkerung sowie die Unterstützung des Friedensprozesses und der humanitären Hilfe. Im Zuge der jüngsten Mandatsverlängerung am 15. November 2019 erweiterte der Sicherheitsrat diese um die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der 2020/2021 anstehenden Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen ([S/RES/2499](#)).